

# Pozener Zeitung.

Achtundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-  
Annahme-Bureaus.  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmsstr. 17)  
bei C. H. Ulrich & Co.  
Bretterstraße 14,  
in Gnesen bei Th. Spindler,  
in Grätz bei L. Streisand,  
in Neisse bei Ph. Matthias.

Nr. 749.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

## Politische Uebersicht.

Posen, 25. Oktober.

Wir stehen in einer ereignisreichen Woche; sie wird eine dauernde historische Bedeutung behalten. Die deutschen Reichstagswahlen eröffnen den Neigen; sie werden am Donnerstag stattfinden; ihre Bedeutung für die Entwicklung unserer inneren Verhältnisse ist genügend bekannt. Es handelt sich darum, ob die ruhelose, ja wilde Experimentierpolitik fortduern, oder ob mit dem Siege der liberalen Idee wieder Sicherheit und Stetigkeit in Deutschland einkehren wird. Am Freitag treten die französischen Kammern zusammen, aus deren Hand Gambetta — wenn kein unerwarteter Zwischenfall eintritt — die Leitung des französischen Ministeriums entgegennehmen wird. Endlich steht ebenfalls für Donnerstag die Befreiung des Königs von Italien mit dem Kaiser von Österreich in Wien bevor. Wahrliegen genug und überzeugend, um die Gemüther in gespannter Erwartung zu halten.

Die „Provinzial-Korrespondenz“ entwickelt in ihrer gestern ausgegebenen Extrummer eine wahrhaft rührende Naivität. Der erste Artikel spitzt die Wahlfrage vollständig zu einer Frage des persönlichen Vertrauens zu dem Fürsten Bismarck und schließt:

„Preisen wir uns glücklich, daß Fragen wie die Unfallversicherung, die Alterversorgung und dergleichen jetzt in Ermangelung anderer politischer Fragen unser ganzes Interesse in Anspruch nehmen können, und helfen wir der Regierung mit vollem, innigem Vertrauen, dieselben zum Segen des Volkes zu lösen.“

Ein zweiter Artikel „An die Liberalen im Lande“ meint, es scheine jetzt allerdings, als ob die Regierung demnächst auf die Unterstützung derjenigen Liberalen Führer werde verzichten müssen, welche früher mit ihr zusammenwirkten; aber nicht verzichtet sie auf die Unterstützung der wahrhaft Liberalen im Lande, welche sich die Freiheit des Geistes bewahrt haben, daß sie die neuen Aufgaben, welche jetzt an den Staat herangetreten sind, verstehen und würdigen. Nicht verhindert sie auf die Zustimmung aller Derer, welche unbefangen genug sind, sich von verfehlten und verderblichen Lehrbegriffen und Irrtümern, auch wenn sie ihnen lieb geworden, frei zu machen und sich nicht von Sympathien mit Personen und Fraktionen leiten zu lassen. Alle diese Freisinnigen im Lande fordert die Regierung auf, ihren Freimuth und ihr unbefangenes Urtheil bei den Wahlen dadurch zu betätigen, daß sie nur eifrig warme und entschiedene Anhänger der Reformpolitik wählen, mögen die Kandidaten ihren Wünschen auch in diesem oder jenem Punkte nicht durchaus entsprechen. Kleinliche Rücksichten, alte Freundschaften, persönliche Bedenken sind bei Seite zu lassen; nur so kann sich echte Freisinnigkeit und wahre Liebe zum Volke bewahren!

Mögen also alle „echten Freisinnigen“ für die Herren Stöcker, v. Puttkamer-Pauth u. s. w. stimmen!

An der verdecktesten Stelle reproduziert die „Provinzial-Korrespondenz“ die Mitteilung der „Norddeutschen Allg. Ztg.“, der Kaiser sei angenehm berührt und erfreut worden von den Beweisen treuer Anhänglichkeit, welche ihm aus Anlaß der zwanzigjährigen Wiederkehr des Krönungstages „namentlich die Theilnehmer an Festversammlungen, die an jenem Tage in Berlin stattfanden“, dargebracht haben. Daß der Versuch, den Dank des Kaisers für jene Glückwünsche zu dem Krönungstage in Verbindung zu bringen mit dem Missbrauch der Feier des nationalen Gedenktages der Schlacht von Leipzig (18. Oktober) durch die reaktionär-antisemitische Koalition der sog. Antisemitritter, eines halbmilitärischen, aus Staatsfonds unterhaltenen Blattes nicht würdig ist, scheint die Redaktion der „Prov.-Corr.“ selbst gefühlt zu haben.

Gräf Wilhelm Bismarck hat vorgestern die Wahlkampagne im Wahlkreise Mühlhausen eröffnet und sofort mit einem großen Erfolg debütiert. Die für den Grafen Bismarck einberufene Versammlung trennte sich unter lebhaften Hochrufen auf den Kandidaten der Liberalen, Herrn Eberty!

Wegen der Feierlichkeiten anlässlich der Beisetzung der Leiche des Fürstbischofs Förster von Breslau hat ein mehrfacher Depeschenwechsel zwischen den Breslauer und den Berliner Behörden und selbst mit der allerhöchsten Stelle stattgefunden. Eine Reihe von Privat-Telegrammen giebt dem „Berl. Tageblatt“ darüber folgenden Aufschluß. Zunächst hatte sich das Domkapitel mit einer Eingabe an das Polizeipräsidium gewandt, worin es um die Genehmigung nachsuchte, die Leiche feierlich einzuholen und in großer Prozession in den Dom bringen zu dürfen. Darauf eröffnete indessen der Polizeipräsident den Bittstellern, daß die eigentliche Leichenfeier auf den Raum der Domkirche beschränkt bleiben müsse und eine Beisetzung der Behörden und der Schulen in offizieller Form nicht erfolgen werde; eine öffentliche Feierlichkeit außerhalb des Domes sowie eine feierliche Einholung der Leiche sei unzulässig. Nach Empfang dieser polizeilichen Mitteilung wandte sich das Domkapitel, zugleich mit zahlreichen Bürgern der Stadt, im Namen der gesamten Diözese mit einem telegraphischen Gesuch an den Kaiser und bat, die polizeiliche Beanstandung einer feierlichen

Dienstag, 25. Oktober.

Unter 20 Pf. die sechsgepaarte Petriteile über deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1881.

Einholung der Leiche rückgängig zu machen. Nach einiger Zeit beschied der Oberpräsident den Grafen Viktor Matuschka, einen der Mitunterzeichner des Gesuchs an den Kaiser, zu sich und eröffnete demselben, er habe den Auftrag erhalten, die Herren Gesuchsteller dahin zu bescheiden, daß der Kaiser, unter Ablehnung des Gesuchs, es bei den getroffenen Bestimmungen belasse, wonach die Feierlichkeit nur innerhalb des Domes stattfinden dürften; die Leiche sei daher in aller Stille in das Gotteshaus überzuführen. Aber auch dieser kaiserliche Bescheid war noch nicht das letzte Wort in der Angelegenheit. Denn als bald verkündete ein Extrablatt der ultramontanen „Schlesischen Volkszeitung“, der Oberpräsident habe ein Schreiben an das Domkapitel gerichtet, wonach eine anderweitige kaiserliche Verfügung eingetroffen sei. Dieselbe verordne, daß der feierlichen Einholung der Leiche des Fürstbischofs kein Hinderniß entgegengestellt werden solle; nur die offizielle Beisetzung der Behörden und der Schulen als solcher müsse ausgeschlossen bleiben. Ein weiteres Telegramm des „Berl. Tageblatts“ bestätigt die Richtigkeit dieser Meldung der „Schles. Volkszeitung“ mit dem Hinzufügen, daß die kaiserliche Genehmigung indirekt über Varzin eingetroffen sei. Somit wird denn am heutigen Tage die Feierlichkeit in großem Maßstabe ins Werk gesetzt werden; die Einholung ist auf 3 Uhr Nachmittags angesetzt. Graf Matuschka wird mit den Canonici Loriner und Wick die Leiche von Johannisberg nach Breslau geleiten. — Auf heute, Dienstag, war übrigens eine große Parade des ersten Regiments anberaumt; der Kronprinz hat indessen angeordnet, daß dieselbe aus Rücksicht auf die Beisetzungsfestlichkeiten nicht stattfindet.

Dem „Hamb. Korresp.“ wird „von gewöhnlich gut unterrichteter Seite“ mitgetheilt, daß der Zollanschluß der Unterelbe definitiv auf den 1. Dezember d. J. festgesetzt sein soll.

Die Entrevue zwischen dem Kaiser von Österreich und dem Könige von Italien ist bereits durch Weisungen des wiener Oberhofmeisteramtes an hohe Würdenträger und Beamte offiziell angekündigt. Der König wird drei Tage in Wien verweilen. Ob König Humbert von Wien in der That sofort nach Berlin reisen oder seinen Besuch da selbst, wie die „Ragione“ wissen will, auf den Dezember verschieben wird, scheint von dem Befinden des Kaisers Wilhelm abzuhängen, der bekanntlich durch ein leichtes Unwohlsein sich zur Verlängerung seines Aufenthalts in Baden gezwungen sieht. Der „Presse“ wird aus einer den wiener Hofkreisen nahestehenden Quelle gemeldet, König Humbert werde am Montag, den 31., nach Italien zurückreisen. Aus Berlin hingegen wird dem Blatte telegraphisch mitgetheilt, man glaube dort, der König werde eventuell nach Baden-Baden zum Besuch des Kaisers Wilhelm gehen und dann nach Berlin zum Besuch des ihm persönlich befreundeten Kronprinzen Paars kommen. General Robilant hat die Leitung der italienischen Botschaft in Wien wieder übernommen. In den nächsten Tagen wird der General Wien verlassen, um seinem Souverän an die italienische Grenze entgegenzureisen.

Der Anschluß Italiens an das deutsch-österreichische Bündnis ist in Wien das große Ereignis des Tages. Der „Kölner Zeitung“, welche seiner Zeit das geschlossene deutsch-österreichische Bündnis der befriedigten Welt zuerst verkünden konnte, ist es nun auch vergönnt gewesen, die ersten sichern und namentlich in politischer Hinsicht bedeutungsvollen Nachrichten über den von Italien angestrebten Anschluß an die beiden mitteleuropäischen Kaiserhäuser mitzuteilen. Die Reise König Humberts ist mehr als ein einfacher persönlicher Höflichkeitsakt, den der jüngere Monarch den ältern Kaiser Franz Joseph und wahrscheinlich auch Kaiser Wilhelm erweist, sie ist eine hochpolitische, für die nächste Zukunft wichtige That, und wie sie in allen wiener Kreisen so aufgefaßt wird, so wird sie zweifelsohne auch ihre, man darf vielleicht sagen, beabsichtigte Wirkung an der Seine und an der Themse nicht verfehlten. Die „Kölner Ztg.“ sagt, daß man namentlich in Berlin Gewicht darauf legte, daß Italien sich zuerst an Österreich wende, da nun doch einmal zwischen diesen beiden Staaten eben ein weit größerer Grund zu Enthüllungen vorlag, als zwischen Italien und Deutschland, welche schon seit nahezu zwei Jahrzehnten in den freundschaftlichsten Beziehungen zu einander stehen. Als eine weitere gute Bürgschaft des europäischen Friedens darf man die neueste Entscheidung Italiens freudig begrüßen und Europa schuldet dem König Humbert und seinem Berater Manzini aufrichtigen Dank für den bedeutungsvollen Schritt, den sie gethan.

Die Begegnung des Königs Humbert mit Kaiser Franz Josef giebt dem Wiener Korrespondenten des „Berl. Tagebl.“ Veranlassung zu folgendem bemerkenswerthen Exposé:

Der Tod des Freiherrn v. Haymerle hat in Italien eine merkwürdige Wirkung hervorgebracht: er beendigte das Schwanken des Königreiches und bestimmt dasselbe zu endlichen festen Entschlüssen. König Humbert, der die Gefühle des verstorbenen Ministers gegen Italien genau kannte und vielleicht, auf dieselben lauernd, es von seiner eigenen Regierung duldet, daß sie, trotzdem sie die Zweckmäßigkeit einer Annäherung an die verbündeten Kaiserhäuser einsah, doch mit der Ausführung derselben ängste — König Humbert mußte sich fragen, ob denn auch nach dem Tode Haymerles in Wien dieselbe höchst nachsichtsvolle Freundschaft, wie sie dieser stets betätigte, herrschen werde. Der König beschied den Botschafter Grafen Robilant zu sich, um von diesem in der fraglichen Richtung Aufklärungen sich geben zu lassen, und das Ergebnis hiervon war, daß der Monarch den Botschafter beauftragte, bei dem Kaiser Franz Josef anzuhören, ob ihm sein, des Königs, Besuch genehm wäre. Graf Robilant aber war auch in der Lage, dem Könige über die beiläufige Aufnahme, welche eine solche Anfrage in Wien finden dürfte, Andeutungen zu geben. Dem scharfsinnigen Botschafter war es nämlich kein Geheimnis geblieben, daß man in Wien einen Besuch des italienischen Herrschers gern sehen würde, daß man aber doch gewisse Bedingungen an einen solchen zu knüpfen nicht unterlassen dürfte. Die Bedingungen sind übrigens unschwer zu errathen. Sie bestehen ungefähr in Folgendem: Italien müßte sich unbedingt auf einen friedlichen Standpunkt stellen; es dürfte von einem Anschluß an das deutsch-österreichische Bündnis absolut keinelei Unterstüzung für irgend welche auswärtige Unternehmungen erwarten. Die Tendenz seines Anschlusses dürfte weder gegen Frankreich, noch gegen sonst wen gerichtet sein; ferner hätte es alle Hintergedanken aufzugeben und selbstverständlich mit den irredentischen Bestrebungen ein für allemal entschieden zu brechen. Wenn ich von „Bedingungen“ spreche, so soll damit nicht gesagt sein, daß man dieselben hier in der vorstehenden Form klar und nett präzisieren wollte, wohl aber erwartete man, daß Italien aus freien Stücken entsprechende bestimmte Erklärungen abgeben werde, und nur, wenn dies der Fall ist, hätte man sich hier in der Lage gesehen, die Anfrage betreffs der Entrevue freundlich und behend zu beantworten. Das wußte Graf Robilant und davon hat er vor seinem Monarchen auch kein Hehl gemacht. König Humbert aber autorisierte den Botschafter in formeller Weise zu den mehrwähnlichen Erklärungen, deren Träger nunmehr Graf Robilant ist. Dieser dürfte sich bald nach seinem Enttreffen hier aus Monza von Wien an das königliche Hostel nach Ungarn begeben und dort wird sodann des Nächsten über die österreichisch-italienische Herrscher-Entrevue bestimmt werden. Wahrscheinlich wird Kaiser Franz Joseph, gleichsam als Anerkennung für die bündigen italienischen Erklärungen sodann seinerseits die Einladung an den König Humbert zu einem Besuch ergehen lassen. Als zweifellos ist zu betrachten, daß Alles das unter Vorwissen und Billigung Deutschlands geschieht. Wer sich Österreich nähert, thut das Gleiche auch Deutschland gegenüber. Ist es ja eben das Schwergewicht dieses Friedensbündnisses, das auswärtige Mächte, und selbst die schwankenden unter ihnen, bestimmt, den Anschluß an dasselbe zu suchen.

Am 16. d. M. fand in Florenz eine antislerikale Kundgebung zur Gedächtnisfeier des unter Papst Alexander VI. verbrannten Mönchs Girolamo Savonarola statt. Das Komite bestand größtentheils aus republikanischen Elementen und die Feier sollte eine Gegendemonstration zu der katholischen Pilgerfahrt nach dem Vatikan bilden. Der Hirtenbrief des Erzbischofs Cecconi, der die Getreuen aufforderte, an der Pilgerfahrt Anteil zu nehmen, war geeignet, der Gegendemonstration neue Nahrung zu geben. Aber wenn die katholische Pilgerfahrt in Rom nicht glücklich ausfiel, so hatte auch die Gegendemonstration für Savonarola in Florenz sich nur eines mageren Erfolges zu erfreuen. Das Misstrauen ist zum Theil einem Drucke zuzuschreiben, der sich zur Stunde entfesselte, als sich der Zug in Bewegung setzte; der Sturm entwurzelte Bäume auf den Feldern und in den Gärten und man zog sich allgemein in die Häuser und zu den Familien zurück, so daß Florenz wie ausgestorben erschien. Trotz des Sturmes bestand der Zug doch aus etwas mehr als 200 Personen; an der Spitze war eine Guirlande mit der Inschrift: „Für Savonarola, Opfer des Papstes Alexander VI.“ Viele Polizeisoldaten begleiteten den Zug, welcher ohne Störungen sich in den Hof im Palazzo Vecchio begab und eine Guirlande auf die Statue Savonarola's setzte.

Die noch auf freiem Fuße befindlichen Führer der irischen Landliga fahren fort, in den leidenschaftlichsten Ausdrücken ihrem Zorn und ihrer Entrüstung über das neueste Vorhaben der englischen Regierung Luft zu machen. Das Unterhausmitglied O'Donnell hat einen Brief an die Dubliner Zeitungen gerichtet, in welchem er erklärt, kein festländischer Belagerungszustand weise eine „so reine und unverfälschte administrative Röhrigkeit, eine so provozierende und frevelhafte Polizei-Barbarei, eine so wilde Dummheit“ auf, als die liberale Regierung mit ihren „Gefahren der Zivilisation.“ „Die Geschichte der letzten paar Tage dürfte nicht leicht eine Parallele in der Biographie eines Murrowe finden.“ Auch das Manifest der Landliga an die Nation bewegt sich in ähnlichen Redewendungen; die Regierung wird Einführung des Terrorismus angeklagt und brutaler und willkürlicher Maßregeln beschuldigt. Dem Volke wird aufgegeben, vom Tage der Publikation des Manifestes an jede Pachtzahlung zu verweigern. Zum Schluss heißt es:

„Laßt Euch nicht durch die Beseitigung Eurer Führer abschrecken. Eure Väter schafften die Zehnten durch dieselbe Methode ohne irgend welche Führer ab, und mit kaum einem Schatten der herrlichen Organisation, die heute jeden Theil von Irland bedeckt. Laßt Euch nicht

durch Drohung mit militärischer Gewalt einschüchtern. Es ist ebenso gesetzlich, sich zu weigern, den Pachtzins zu zahlen, als es ist denselben anzunehmen. Gegen den passiven Widerstand einer ganzen Bevölkerung hat die Militärmacht keine Waffen. Wenn Ihr vertrieben werdet, werdet Ihr nicht leiden. Der Gutsherr, der Euch austreibt, wird ein ruinierter Mann sein, und die Regierung, die ihn mit ihren Bajonetten unterstützt, wird in einem einzigen Winter lernen, wie machtlos die bewaffnete Gewalt gegen den Willen einer vereinigten, entschlossenen und auf sich selber bauenden Nation ist."

Im Süden und Westen ist die Aufregung der Bevölkerung noch immer im Wachsen; Versammlungen zu Gunsten der verhafteten Führer werden aller Orten abgehalten, doch stets von der Polizei gesprengt, wobei es nie ohne Blutvergießen geht. Proklamationen sind gefunden worden, in denen Barnell als der "ungekrönte König von Irland" bezeichnet wird. "Freeman's Journal" glaubt, die Gefangenschaft der in Kilmainham sitzenden Parlamentsmitglieder werde sich vorerst nicht über den Zeitraum von drei Monaten erstrecken.

Nach der "Köln. Btg." sind die Verhandlungen mit Holland wegen eines Vertrages zum Schutz des geistigen Eigentums, welche früher ohne Ergebnis verließen, wieder aufgenommen worden.

Bei der bevorstehenden Krönung in Moskau wird Zar Alexander den "elfenbeinernen Thron des letzten griechischen Kaisers Konstantin" bemühen. Der petersburger Korrespondent der Berliner "Tribüne" schreibt darüber Folgendes:

So sehr dieser von Pobjedonoscew ausgehende Vorschlag dem Kaiser gefiel, so gelang es doch erst den nachdrücklichen Vorstellungen Janatjew's die Bedenken des Kaisers zu beseitigen. Die Richte des 143 bei der Eroberung Konstantinopels durch die Tukken gefallenen Kaisers, Sophia Paläologa, heirathete einen russischen Großfürsten und ferner Thron bildete einen Theil ihrer Ausstattung. In dieser Veranstaltung erblickten die Russen einen "viel verheißenden Ereignis, dessen Abschluß der Zukunft vorbehalten bleibt."

Nach den aus Petersburg einlaufenden Berichten scheint es daselbst wieder recht unheimlich zu werden. Bald wird von neuen angeblich hochwichtigen Arrestirungen, bald von entdeckten Anschlägen gegen verschiedene Kron- und Privatgebäude gesflüstert. Besorgte Gemüther wollen von einem beabsichtigten, noch rechtzeitig verrathenen Coup gegen die großen Kaufhallen und die Bank, noch andere gar von einem bald zu erwartenden Arbeiteraufstand gehört haben, kurzum es liegt etwas Unheimliches, nicht recht Definirbares in der Luft. An den Befürchtungen muß aber ein Körnchen Wahrheit sein, denn auch die Behörden scheinen nicht ganz ohne Besorgniß und haben ihre Vorkehrungen getroffen. Den Truppen der Garnison sind bereits vor einer Reihe von Tagen die detailliertesten Ordres für alle eventuellen Vorkommnisse zugegangen. Da hierüber die revolutionären Elemente ebenfalls auf das Genaue unterrichtet sind, ist kaum anzunehmen, daß dieselben wirklich einer imposanten Militärmacht gegenüber — welche unweigerlich jedem ihr ertheilten Befehle Folge leisten würde — irgend einen offenen Gewaltcoup wagen sollten, es sei denn, sie speculiren darauf, bei einem solchen Zusammenstoß die Staatsgewalt zu schaffen zu verlocken, die vielleicht, neben wenigen Schuldigen, eine ganze Menge unschuldiger Opfer aus dem Volke fordern und letzteres reizen und erregen könnten.

Die Zolleinnahmen Russlands im Jahre 1882 werden vom Zolldepartement auf 97,784,905 Rubl. kred. veranschlagt und bleiben somit hinter dem diesjährigen Budget um 1,178,045 Rubl. zurück. Von dieser Gesamtsumme entfallen auf Zölle von Importwaren — 94,563,000 Rubl., auf Zölle von Exportwaren — 290,000 Rubl., auf Schiffs- und Hafenabgaben — 180,000 Rubl. und auf Extraordinarien — 1,608,150 Rubl. Dieser Gesamtsumme der Zolleinnahmen stehen an Ausgaben entgegen 8,661,449 Rubl. oder 8,3 pCt.; davon gehen ab 3,641,235 Rubl. oder 3,8 pCt. zum Unterhalt der Grenzwache und der Zollflotte. Der für den Fiskus aus den Zolleinnahmen verbleibende Reinertrag wird somit auf 88,708,517 Rubel veranschlagt, was 91,7 pCt. des Bruttoertrages ausmacht. In diesem Jahre erwartet man in den Zolleinnahmen gegen den Voranschlag einen Ausfall von höchstens 8 Millionen Rubel.

Die amerikanische Centennialfeier zu Yorktown ist nicht vorübergegangen, ohne daß die französischen und deutschen Ehrengäste ihren rivalisierenden nationalen Gefühlen derart Ausdruck zu geben sich veranlaßt gefühlt haben, daß es der diplomatischen Vermittelung des Staatssekretärs Blaine bedurfte, um eine Störung der Feier selbst zu verhüten. Bei der Feier zur Grundsteinlegung für das in Yorktown zu errichtende Nationalmonument, sagt die "National-Zeitung", sind weder die deutschen noch die französischen Gäste erschienen, da man sich über die Frage des Vorangs nicht einigen konnte. Nach dem Bericht des "Standard"-Correspondenten haben die deutschen Ehrengäste es versäumt, bei ihrer Ankunft den Franzosen einen Besuch zu machen; sie haben nur ihre Karten abgegeben, welche erst nach einem Verzug an ihre Adresse gelangten, worüber man sich französischerseits empfindlich zeigte. Weiter wurde die französische Empfindlichkeit dadurch gereizt, daß Mr. Blaine in Gesellschaft des Obersten von Steuben zu den Wettrennen ritt und nicht in der des Generals Boulangier, welcher doch dem Range nach vor dem deutschen Obersten zuerst Anspruch auf diese Auszeichnung gehabt hätte. Darauf gab der Staatssekretär den französischen Gästen den Ehrenplatz bei Tische, in Folge dessen die Herren von Steuben erklärt, nicht auf dem Schiffe bleiben zu wollen. Von Neuem machten die Franzosen Schwierigkeiten, als sie bemerkten, daß auf dem Staatschiffe, welches den Präsidenten Arthur an Bord hatte, die deutsche Flagge neben der französischen aufgehängt war. Auf allen anderen Schiffen war die französische Flagge am Fockmast, die amerikanische am Hauptmast, die deutsche am Befanmast aufgezogen, da jedoch das Schiff des Präsidenten nur zwei Masten führte, mußten die beiden fremden Flaggen nebeneinander aufgezogen werden. Die Franzosen nahmen dies jedoch übel und drohten mit ihrem Abgang. Schließlich

fühlten sie sich auch noch in ihrer nationalen Würde durch ein Versehen verletzt, welches bei der ihnen gehörenden feierlichen Begleitung zu den Ehrenplätzen für die Hauptfeier gemacht wurde. Sie kehrten diesmal gekränkt nach ihren Schiffen zurück. Während der Telegraph Europa sofort Kunde gab von der Ansprache des Präsidenten und der Erwideration des französischen Gesandten, welche letztere uns jedoch das "W. T. B." vorenthalten hat, unterließ er es auch nur zu erwähnen, daß Oberst von Steuben ebenfalls einige Worte des Dankes an den Präsidenten gerichtet hat. Erst am 21. d. erfuhren wir durch das "W. T. B." davon. Nach einer Depesche derselben aus Yorktown, hob Oberst v. Steuben in seiner Antwort hervor, daß alle Gesellschaftsklassen und alle Parteien in Deutschland durch die Kunde von der enthusiastischen Aufnahme der deutschen Delegirten hoch erfreut worden seien. Diese Aufnahme sei ein neuer in die Augen fallender Beweis für die gegenseitige Sympathie der Bevölkerung Deutschlands und der Unionstaaten.

Die Antwort des französischen Gesandten lautete im Wesentlichen:

"Frankreich, durch die Einladung Amerikas angenehm berührt, möchte diesen Beweis der größten Höflichkeit und der herzlichen Rücksicht, welche darauf hinzuwirken, die beiden Nationen inniger mit einander zu verbinden, würdig zu beantworten. Wir sind Alle stolz darauf, Frankreich heute hier zu repräsentieren. Frankreich hat hier die Zeichen seines großen und illustren Geistes hinterlassen: es hat bei der Begründung dieser großen Nation mitgeholfen und deren Entwicklung und Wachsthum verfolgt, es freut sich über deren Wohlfahrt und Ruhm. Amerika hat allen Anhängern der Freiheit ein großes Beispiel und Ursache sich derselben zu freuen, gegeben. Die Zeit kann die Freundschaft der beiden Republiken, welche auf die vielen nahen Beziehungen des Geschmackes und des Bestrebens beider gegründet ist, nicht zerstören". Zum Schlüsse dankte der Gesandte für den den französischen Delegirten zu Theil gewordenen Empfang.

Die hundertjährige Jubelfeier endete, wie wir bereits telegraphisch gemeldet haben, am Donnerstag bei Sonnenuntergang mit Begrüßung der auf dem amerikanischen Kriegsschiff "Trenton" aufgeführten englischen Flagge. Alle anderen Schiffe zogen ebenfalls die englische Flagge auf und begrüßten dieselbe mit dem Salut der Geschütze, auf welchen die am Lande aufgestellten Batterien antworteten.

## Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 24. Oktober. Wie werden die Wahlen in Berlin ausfallen? Diese Frage ist jedenfalls in den höheren und mittleren Klassen der Bevölkerung der Reichshauptstadt noch niemals mit solcher Lebhaftigkeit erörtert worden, wie diesmal, und aus diesen Klassen wird die Beteiligung sicherlich die bei jeder früheren Wahl übertreffen. Trotzdem ist es leicht möglich, daß die Gesamtteilnahme an den Berliner Wahlen die von 1878 nicht erreicht, weil es scheint, als ob die Sozialdemokratie sich hier diesmal zum großen Theil der Wahl enthalten würde, weniger aus Zustimmung zu der von Most in diesem Sinne ausgegebenen Parole, als weil eine Agitation für sozialdemokratische Kandidaturen in Folge der Strenge, mit welcher die Polizei auf Grund des "kleinen Belagerungszustandes" die Ausweisungsbefreiung handhabt, fast unmöglich geworden ist. Selbst die bloße Vertheilung sozialdemokratischer Stimmenthal, so weit sie nicht ganz unter der Hand in Fabriken und Werkstätten erfolgen kann, soll nach der Sicherung notorischer Anhänger der Sozialdemokratie in mehreren Berliner Wahlkreisen auf unüberwindliche Schwierigkeiten gestoßen sein, da die Furcht vor dem mit der Ausweisung in den meisten Fällen verbundenen Ruin die Leute abhält, sich zu jener Funktion bereit zu erklären. Dennoch mag im letzten Augenblick in der Vertheilung von Stimmenthal noch etwas geleistet werden, aber schwerlich wird dadurch das auch auf sozialdemokratischer Seite vorausgesehene Resultat, die Niederlage der Partei in Berlin, verhindert werden; die zwei Wahlkreise, welche sie hier bisher besaß, wird sie verlieren. Weit größeres Interesse aber, als die Chancen der Sozialdemokratie, erregen die der "antifortschrittlichen", d. h. konservativen und vor Allem antisemitischen Agitation. Die weit überwiegende Ansicht ist, daß dieselbe ein großes Fiasco erleiden wird, obgleich die Stimmenzahl, auf welche sie es bringen wird, sicherlich weit über diejenige hinausgehen wird, welche früher jemals auf konservative Kandidaten in Berlin vereinigt worden ist, und zwar ausschließlich in Folge des Hineintragens der Abneigung gegen die Juden in die Wahlbewegung; weder der politische Konservatismus, noch die sozialen Projekte des Kanzlers bedeuten für die hiesige Agitation etwas, während mit dem Antisemitismus eine Saite berührt worden ist, welche zwar nicht sehr wohltonende, aber ziemlich volle Akorde gibt. Allein obgleich unter dem Schutze der geheimen Abstimmung mancher, der es niemals zugestehen würde, für die antisemitischen Kandidaten stimmen wird, ist doch die Annahme begründet, daß sie, und zwar in den meisten Bezirken sofort im ersten Wahlgange, in der Minorität bleiben, und daß in allen sechs Berliner Wahlkreisen die Kandidaten der Fortschrittspartei, die hier die aller Liberalen sind, durchdringen werden. Einerseits hat die in der antisemitischen Bewegung enthaltene Verleumdung und Herausforderung aller liberalen und humanen Anschauungen einen entsprechend starken Gegenschlag hervorgebracht; und andererseits sind die "antifortschrittlichen" Kandidaten bürgerlich zum Theil so wenig respektabel, theils durch ihre sonstigen Ansichten, wie z. B. Herr Stöcker, so abschreckende Persönlichkeiten, es wird ferner über die Coulissen-Geheimnisse dieser Agitation so viel Bedenkliches, ja geradezu Verächtliches allgemein erzählt und geglaubt, daß der Mangel an Achtung vor den Personen und der Sache beiden verhängnisvoll werden muß.

## Vocales und Provinzielles.

Posen, 25. Oktober.

— (Ein "konseratives Augblatt") war der gestrigen Nummer des hiesigen reaktionären Pressegangs beigelegt. Ersteres enthielt die abenteuerlichsten Beschuldigungen gegen den

liberalen Kandidaten, Herrn Herse, Beschuldigungen, deren Verlogenheit selbst bei anständigen Nichtliberalen nur Anstoß erregen kann. Geraade solche Nichtliberalen aber mögen sich aus dem erwähnten Beispiele ein Bild machen, in die Hände welcher Gesellschaft sie sich begeben, wenn sie sich von den Herausgebern solcher verleumderischen Schriftstück zu politischen Zwecken missbrauchen lassen. Da wird z. B. dem Herrn Herse vorgeworfen, er wolle, wie jeder Fortschrittsmann, die nationale Wehrkraft schwächen, ja, seine Hauptagitation richte sich gegen diese Wehrkraft! Bekanntlich hat die Fortschrittspartei im Reichstage nie etwas Anderes verlangt, als daß der Militärestat wie die Etats der übrigen Rechts dem Parlamente jährlich vorgelegt werden sollte. Daraus machen die hiesigen "konserativen" Münschhausen die obige ungeheuerliche Beschuldigung. Letztere steht freilich bei den Wählern eine so große Verkränktheit voraus, daß schon die hierin liegende Beleidigung der Wahlberechtigten unser hiesiges Streberthum auf den Isolierschein bringen müßte.

r. In der nächsten Stadtverordnetenversammlung, welche am 26. d. stattfindet, kommt die Angelegenheit, betr. die Abänderung, resp. Erweiterung der den Unternehmern Heymer und Maß ertheilten Konzession zur Errichtung einer Werbedeckung in hiesiger Stadt, aufs neue zur Verhandlung, nachdem bekanntlich diese Sache im Mai d. v. der Versammlung vertagt worden war.

r. Von den neuen Käfern bei Bartholdshof sollen die Tage und Wirtschaftsmäßer mittels einer Röbrenleitung nach der Bogdanah abgeleitet werden. Alle Diejenigen, welche gegen diese Anlage Widerspruch erheben oder Entschädigung beanspruchen wollen, müssen diese Anprüche binnen drei Monaten bei der hiesigen königl. Polizeidirektion erheben.

## Aus dem Gerichtssaal.

△ Posen, 18. Oktober. [Schwurgericht:] Meinerska und Racmarek sollen am 21. Dezember 1880 vor dem kgl. Amtsgericht zu Rogasen und am 3. März 1881 vor dem kgl. Landgericht hier selbst in der Strafsache wider Levy und Gen. wissenschaftlich ein falsches Zeugnis abgelegt haben. Die Angeklagten Kubanska und Nikodemka werden dieses Verbrechen nur in einem Falle — begangen am 3. März vor dem hiesigen Landgericht in der gleichen Sache — bezeichnet. Izig Levy ist beobachtigt, die 4 genannten Angeklagten zu den von ihnen begangenen Verbrechen angestiftet und dreien, der Nikodemka, Meinerska und dem Racmarek bei Begehung der Verbrechen wissenschaftlich Beihilfe geleistet zu haben. Dem Hermann Levy wird nur das Verbrechen der Beihilfe in einem Falle — bezüglich der Meinerska, der Taube Levy das Verbrechen der Abstiftung in zwei Fällen — bezüglich der Meinerska und Nikodemka — und das Verbrechen der Beihilfe in einem Falle — bezüglich der Nikodemka — zur Last gelegt. Der Müller Witoci verurtheilt dem Häusler Johann Nowak aus einem Wechsel 900 Mark. Der Wechsel wurde, als Johann Nowak geiststrafur wurde, auf den Namen seiner Frau Marianne umgeschrieben. Im Sommer 1879 gab sich Marianne Nowak, da ihr Wechsel mit Arrest belegt werden sollte, genötigt, denselben zu verkaufen. Sie begab sich am 21. Juli 1879 zu Izig Levy und bot den Wechsel an. Ehe Izig Levy den Wechsel kaufte, schickte er seinen Sohn Hermann nach dem Wohnorte des Wechselschuldners, um Erfundungen über dessen Vermögenslage einzutragen. Nach dessen Rückfahrt wurde das Geschäft gemacht. Für den Wechsel wurden sofort 200 Thlr. baar gezahlt; außerdem sollten, wenn der Schuldner am Fälligkeitstage den Wechsel ohne Prozeß einlösen würde noch 50 Thlr., wenn dagegen ein Prozeß nötig wäre, nur 4 Thlr. gezahlt werden. Über die legte Abmachung wurde ein Revers ausgestellt. Izig Levy diktirte denselben in deutscher Sprache seinem Sohne Hermann in die Feder. Sodann wurde er in polnisch in Sprache so wie die Verabredung lautete vorgelesen, unterschrieben und der Nowak ausgebändigt. Die Verhandlungen hatten in Anwesenheit der beiden Levy's der Marianne Nowak, ihres Schwiegersohnes Michael und des Schwiegermeisters Sudinski bei verschloßnen Thüren stattgefunden. Zur Unterschrift wurde noch ein weiterer Zeuge Teclawski zugezogen. Der der Nowak übergebene Revers lautete nicht so, wie verabredet war. In demselben hieß es, daß die Nowak, wenn der Wechsel schuldig sei, zahlte, noch 40 Thlr. erhalten sollte, und aber nichts. Als Izig Levy nach dem Fälligkeitstermine des Wechsels das Reitaufgeld nicht zahlte und er in Folge dessen von der Nowak verklagt wurde, berief er sich auf den Revers, schloß jedoch, nachdem der Richter begonnen hatte, die Zeugen der Nowak zu vernahmen, einen Vergleich, nachdem er sich zur Zahlung von 40 Thlr. verpflichtete. Aber auch jetzt noch zahlte Izig Levy nicht, weswegen die Nowak ihn wegen Betruges denunzierte. Am 3. März kam diese Betrugsvorwurf vor dem hiesigen Landgerichte zur Verhandlung und wurde Izig Levy wegen Betruges zu einem Jahre Gefängnis, Hermann Levy wegen Urkundenfälschung und Betruges zu einem Jahre und 6 Monaten Zuchthaus verurtheilt. In der Verhandlung gegen die Levys am 3. März hatten alle, die bei der Unterschrift des Revers augen gewiegen waren, mit Ausnahme der Levys angegeben, daß die Verabredung so verlautet, wie oben berichtet und nicht so, wie es im Revers verzeichnet war. Dagegen hatten die Meinerska und zwei Verwandte der Levys: Sarah Haase und Idfor Chaim befürwortet, daß der Revers der Verabredung gemäß abgefaßt worden sei. Die Meinerska und Sarah Haase wollen in der Stube des Izig Levy dem Vertragsabschluß selbst beiwohnen. Idfor Chaim will vom Laden aus die Verhandlungen mit angehören. Außerdem hatten die Levy's zu ihrer Entlastung noch folgende Thatsachen behauptet: Die Nowak habe einst zu Izig Levy in deren Wohnung geäußert, daß sie den Prozeß gegen ihn garnicht angestrengt hätte, wenn sie nicht von Sadzinski und Teclawski dazu überredet worden wäre. Ferner daß Sadzinski eines Tages zur Frau des Izig Levy gekommen wäre, von ihr 10 Thlr. verlangt und hinzugefügt hätte, daß er, wenn er das Geld nicht bekäme, den Izig Levy zu Boden treten würde. Meinerska und Racmarek hatten sowohl am 21. Dezember in Rogasen als auch am 3. März hier selbst eidiich aufgesagt, daß sie Zeugin dieser Verstöße gewesen seien; Nikodemka und Kubanska hatten am 3. März nur die Richtigkeit des ersten Vorfalls bezeugt. Der Gerichtshof hatte in der Verhandlung vom 3. März allen diesen Zeugen keinen Glauben geschenkt, vielmehr die Meinerska sofort verhaftet. Sodann wurde gegen alle diese Zeugen und außerdem gegen Izig Levy, seine Frau Taube und seine Kinder Hermann, Joseph und Sarah die Untersuchung wegen Meineides, resp. Anstiftung und Beihilfe zum Meineide eingeleitet. Sarah Haase, Idfor Chaim, Sarah und Joseph Levy entzogen sich dem Arrest durch Gerechtigkeit durch die Flucht. Die anderen sieben befinden sich heute auf der Anklagebank. Die Angeklagten Meinerska, Kubanska, Nikodemka und Racmarek waren im Allgemeinen geständig. Die Meinerska, die zur Zeit des Wechselaufkäufes Dienstmädchen bei Izig Levy war, gab an, daß Izig Levy sie schon am Tage des Abschlusses des Kaufgeschäfts bezüglich des Wechsels, während Hermann Levy zum Wechselschuldner gefahren war, in das Zimmer gerufen und ihr gesagt habe, er würde in einen Prozeß mit der Nowak kommen, sie solle sich deshalb melden, daß er der Nowak versprochen habe, dieser 40 Thaler zu zahlen, wenn der Wechselschuldner ohne Prozeß den Wechsel einlösen werde, sonst aber nichts. Sodann habe sie Izig Levy auf das Feld geschickt, damit sie hier dem Racmarek von der Verabredung erzähle und ihm sage, daß sie dem Vertragsabschluß selbst beigewohnt habe. Am andern Tage habe ihr dann Izig Levy gesagt,



## Produkten-Börse.

Berlin, 24. Oktober. Wind: Nö. Wetter: Nasskal.

Weizen per 1000 Kilo loko 220—250 M. nach Qualität gefordert, sein gelb — M. ab Bahn bez., def. Poin. — M. ab Bahn per Oktober 232—233 bezahlt, per Oktober-November 229½—230½ bezahlt, per November-Dezember 226—227 bezahlt, per Dezember-Januar — M. bez., per Januar-Februar — M. bezahlt, per April-Mai 225—226 bezahlt, per Mai-Juni — Markt bezahlt. Gefündigt 14000 Zentner. Regulierungspreis 232½ Mark. — Roggen per 1000 Kilo loko 193—198 Mark nach Qualität gefordert, neu inländischer 193—195 ab Bahn bezahlt, hochfeiner 196 M. ab Bahn bezahlt, flammer — ab Kahn bezahlt, alter do. — M. ab B. bezahlt, räucher — Markt a. R. bezahlt, seiner — M. a. Bahn, bez., defekter — Markt ab Bahn bezahlt, per Oktober 193½—6—5½ M. bezahlt, per Oktober-November 185—187—186½ bez., per November-Dezember 179½—180½ bezahlt, per Dezember-Januar — bez., per Januar-Februar — bez., per April-Mai 171—172 bez. Gefündigt — Str. Regulierungspreis — M. — Gerste per 1000 Kilo loko 158—200 M. nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loko 150—172 M. nach Qualität gefordert, russischer 152—157 Mark bez., öst. und westpreußischer 154—160 Mark bez., pommerischer und Uckermärker 155—160 Mark bez., schlesischer 156—160 M. bez., böhmischer 156—160 M. bez., kein weiß mecklenburgischer — ab B. bez., per Oktober-November 148—158 bezahlt, per Nov.-Dezember 147—147½ bez., per Dezember-Januar — bez., per April-Mai 149½ bezahlt, per Mai-Juni — bezahlt. Gefündigt

1000 Zentner. Regulierungspreis 151 Mark. — Erbsen per 1000 Kilo Kochware 184—210 M. Futterware 165—183 M. — Mais per 1000 Kilo loko 149—155 nach Qualität gefordert, Ost. 148½ n., Oktober-Nov. 148½ nom., per Nov.-Dezember 148½ nom., per April-Mai 143 Mark nom. Gefündigt 2000 Zentner. Regulierungspreis 148½ Mark. — Weizen m. e. l. per 100 Kilogramm brutto 00: — Markt, 0: 30,50—29,50 Mark, 0/1: 29,50—28,50 Mark. — Roggen m. e. l. infl. Satz 0: 28,00—27,00 Mark, 0/1: 26,50 bis 25,50 M. per Oktober 25,90—26,00 bez., per Oktober-November 25,00—25,15 bez., per November-Dezember 24,45—24,60 bezahlt, per Dezember-Januar — bezahlt, Januar-Februar — bezahlt, per April-Mai 23,50—23,60 bezahlt, per Mai-Juni — bezahlt, per Juni-Juli — bez. Gefündigt — Zentner. Regulierungspreis M. — Delfs a. t. per 1000 Kilo Wintertrüffel — Markt — Rübel per 100 Kilo ohne Fas 53,5 M. mit Fas 54,2 M. bezahlt, per Oktober 54,0 Mark bezahlt, per Oktober-November 54,0 Mark bezahlt, per November-Dezember 54,0 M. bezahlt, per Dezember-Januar —, per Januar-Februar — per April-Mai 55,7 bezahlt, per Mai-Juni — Markt bez., Anmeldungen — M. bez. — Gefündigt 300 Str. Regulierungspreis 54,0 M. — Leinöl per 100 Kilo loko 63 M. — Petroleum per 100 Kilo loko 25,0 M. per Oktober 24,7—24,6 bez., per Oktober-Nov. 24,7—24,6 bez., per November-Dec. 24,7—24,6 bez., per Dezember-Januar 25,3—25,2 bez., Januar-Februar — bez., per April-Mai — bez. Gefündigt — Str. Regulierungspreis — M. — Spiritus per 100 Liter loko ohne Fas 51,7 Mark bez., per Oktober 52,6—53,3 bezahlt, per Oktober-November 51,8—52,4 Mark bezahlt, per November-Dezember

51,5—52,0 bezahlt, Dezember-Januar — bezahlt, Januar-Februar — bezahlt, Februar-März — bezahlt, per April-Mai 52,8—53,1 bezahlt, per Mai-Juni — bez. Gefündigt 90000 Liter Regulierungspreis 52,8 Mark. (B. B.-3)

Breslau, 24. Oktober. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.) Rogen: (per 2000 Pf.) höher. Gefündigt — Gentner. Abgelaufene Kündigungs-Scheine —, per Oktober 18,00 bez. u. Br. per Oktober-November 17,00 Br., per November-Dezember 17,50—17,2 bezahlt, per April-Mai —, — Gd. — Weizen: Gefündigt — Gentner, per Oktober — Gd. 225 Br. — Petroleum per 100 Kilogr. loko u. per Oktober — Br. 144,00 Gd. — Hafer: Gefündigt — Gentner, per Oktober 144,00 Gd., — per November-Dezember 141,00 Gd., — per April-Mai 142 Gd. — Raps: Gefündigt — Gentner, per Oktober 258 Br. — Rüböl —, — Gefündigt — Gentner, loko 54,50 Br., per Okt. 54,00 Br., 53,50 Gd., per Okt.-Nov. 54,00 Br., 53,50 Gd., per November-Dezember 54,00 Br., 53,50 Gd., per Dezember-Januar 54,50 Br., — per April-Mai 56,00 Br., — Gd. — Spiritus wenig veränd. Gef. 10,000 Lt. — Abgelaufene Kündigungs-Scheine —, per Lt. 50,80—51,20 bez. schl. 50,90 Br., Okt.-Nov. 50,40 Gd. u. Br. November-Dezember 50 bez. u. Gd., Dezember-Januar 50 bez. u. Gd., per Januar-Februar —, — Br., per Februar-März —, — Gd., per März-April —, — per April-Mai 50,70—50,60 bez., per Mai-Juni 51 Br.

Bind seit letzter Notiz Hohenlohe-Marke auf Lieferung 15,85 bezahlt.

Die Börsen-Commission.

Berlin, 24. Oktober. Die Verhältnisse an der Börse scheinen immer noch recht gespannte zu sein, wenn auch nicht zu verfassen ist, daß bereits eine wesentliche Verhöhung Platz gegriffen hat. Es hatte sich in den spekulativen Kreisen die Besorgnis gezeigt, daß die Reichsbank neuerdings wieder werde veranlaßt sein zu einer Diskontterhöhung zu schreiten und übte dies besonders bei Größerung des Geschäfts einen Einfluß aus, indeß stellte es sich bald genug heraus, daß eine solche Maßregel nicht zu befürchten sei. Geld ist zwar für Spekulationszwecke stets begehr, und stellte sich der Diskont am offenen Markt auf 5½ bis 6 p.Ct., und in der Prolongation berechnet sich der Geldpreis im Allgemeinen auf 8 p.Ct., indeß erkennt die Leitung der Reichsbank, wie in unterrichteten Kreisen verlautet, jetzt noch keine Notwendigkeit zu einer Diskontterhöhung, mit einer solchen würde die

## Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 24. Oktober 1881.

Braunschweig. Fonds- u. Konz.

Preuß. Son. Anl. 41 105,10 bz

do. neue 1876 4 100,60 bz

Staats-Anleihe 4 100,60 G

Staats-Schuldfl. 3½ 99,00 bz

Do. Deichs.-Ob. 4

Berl. Stadt-Ob. 4 101,20 G

do. do. 3½ 95,75 B

Schldv. d. B. Kfm. 4

K. Sandbriebe: 5 107,25 G

Berliner 5 103,10 G

Landsch. Central 4 100,60 bz

Kurz. u. Neumärkf. 3½ 95,50 bz

do. neue 3½ 91,00 bz

do. neue 4 100,80 G

R. Brandbg. Kred. 4

Ostpreußische 3½ 90,50 bz

do. 4 100,20 bzB

Westpr. rittersch. 3½ 90,75 B

do. I. B. 4 100,20 B

do. II. Serie 4 103,20 bzB

Reußd. II. Serie 4 99,80 bz

do. do. 4 103,40 bz

Bojenische, neue 4 99,80 bzG

Sächsische 4 99,90 bz

Pommersche 4 90,90 bz

do. 4 100,30 bz

do. 4 101,75 bz

Schlesische altl. 3½ 88,75 bzG

do. alte A. 4

do. neue I. 4

Rentenbriefe: 4

Kurz. u. Neumärkf. 4 100,50 bz

do. 4 100,10 B

Pommersche 4 100,00 B

Posensche 4 100,10 G

Preußische 4 100,25 bz

Ahnein.-Westfäl. 4 100,10 B

Sächsische 4 100,10 B

Schlesische 4 100,75 B

20-Frankfur. 16,18 bzG

do. 500 Gr. 4,24 G

Dollars 4,24 G

Imperials 4

do. 500 Gr.

Engl. Banknoten 4

do. einlösbar. Leipzig 4

Französ. Banknot. 4

Do. 4 173,00 bz

Russ. Noten 100 Rbl. 217,70 bz

Deutsch. Fonds. 4 101,25 bz

B.A. v. 55 a 100 Th. 3½ 145,90 bz

Hess. Prsch. a 40 Th. 3½ 310,50 B

Bad. Pr.-A. v. 67. 4 134,75 B

do. 35 f. Oblig. 214,00 bz

Gair. Präm.-Anl. 4 135,60 B

Braunsch. 20 thl.-2. 103,00 bzB

Brem. Anl. v. 1874 4

Gän.-Wd.-Pr.-Anl. 3½ 130,50 B

Do. St.-Pr.-Anl. 3½ 127,10 B

Göt. Pr.-Pfdbr. 5 121,50 bz

do. II. Abth. 5 118,00 bz

Hamb. 50-Thl.-2. 3 192,25 bz

Elbbed. Pr.-Anl. 3½ 181,25 bz

Med. Eisenbahn. 3½ 95,00 bz

Meiningen. 27,60 bzB

do. Pr.-Pfdbr. 4 120,50 bzG

Oldenburger. 153,00 B

D.-G.-C.-B.-Pf. 110 5 108,10 bzG

Do. do. 4 104,10 bzG

Do. Hypoth. uml. 4 104,00 B

do. do. 4 102,30 bz

Mein. Hyp.-Pf. 4 102,00 bzG

Krdd. Gibr.-H.-A. 5 100,20 bzB

Pomm. Hyp.-Pfdbr. 5

Australische Staats. Amerik. gef. 1881 6 do. do. 1885 8 do. Bds. (fund.) 5 do. do. 1886 5 do. do. 1887 5 do. do. 1888 5 do. do. 1889 5 do. do. 1890 5 do. do. 1891 5 do. do. 1892 5 do. do. 1893 5 do. do. 1894 5 do. do. 1895 5 do. do. 1896 5 do. do. 1897 5 do. do. 1898 5 do. do. 1899 5 do. do. 1900 5 do. do. 1901 5 do. do. 1902 5 do. do. 1903 5 do. do. 1904 5 do. do. 1905 5 do. do. 1906 5 do. do. 1907 5 do. do. 1908 5 do. do. 1909 5 do. do. 1910 5 do. do. 1911 5 do. do. 1912 5 do. do. 1913 5 do. do. 1914 5 do. do. 1915 5 do. do. 1916 5 do. do. 1917 5 do. do. 1918 5 do. do. 1919 5 do. do. 1920 5 do. do. 1921 5 do. do. 1922 5 do. do. 1923 5 do. do. 1924 5 do. do. 1925 5 do. do. 1926 5 do. do. 1927 5 do. do. 1928 5 do. do. 1929 5 do. do. 1930 5 do. do. 1931 5 do. do. 1932 5 do. do. 1933 5 do. do. 1934 5 do. do. 1935 5 do. do. 1936 5 do. do. 1937 5 do. do. 1938 5 do. do. 1939 5 do. do. 1940 5 do. do. 1941 5 do. do. 1942 5 do. do. 1943 5 do. do. 1944 5 do. do. 1945 5 do. do. 1946 5 do. do. 1947 5 do. do. 1948 5 do. do. 1949 5 do. do. 1950 5 do. do. 1951 5 do. do. 1952 5 do. do. 1953 5 do. do. 1954 5 do. do. 1955 5 do. do. 1956 5 do. do. 1957 5 do. do. 1958 5 do. do. 1959 5 do. do. 1960 5 do. do. 1961 5 do. do. 1962 5 do. do. 1963 5 do. do. 1964 5 do. do. 1965 5 do. do. 1966 5 do. do. 1967 5 do. do. 1968 5 do. do. 1969 5 do. do. 1970 5 do. do. 1971 5 do. do. 1972 5 do. do. 1973 5 do. do. 1974 5 do. do. 1975 5 do. do. 1976 5 do. do. 1977 5 do. do. 1978 5 do. do. 1979 5 do. do. 1980 5 do. do. 1981 5 do. do. 1982 5 do. do. 1983 5 do. do. 1984 5 do. do. 1985 5 do. do. 1986 5 do. do. 1987 5 do. do. 1988 5 do. do. 1989 5 do. do. 1990 5 do. do. 1991 5 do. do. 1992 5 do. do. 1993 5 do. do. 1994 5 do. do. 1995 5 do. do. 1996 5 do. do. 1997 5 do. do. 1998 5 do. do. 1999 5 do. do. 1990 5 do. do. 1991 5 do. do. 1992 5 do. do. 1993 5 do. do. 1994 5 do. do. 1995 5 do. do. 1996 5 do. do. 1997 5 do. do. 1998 5 do. do. 1999 5 do. do. 1990 5 do